

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

A. Grundlagen des Unternehmens

I. Geschäftsmodell

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH (WBN) ist mit ihrer Marke „Stadtwerke Norden“ das Energieversorgungsunternehmen vor Ort. Die WBN umfasst zudem den Geschäftsbereich Tourismus und Bäder. Zentrale Aufgaben der WBN sind die zuverlässige, preisgünstige und ökologisch ausgerichtete Versorgung der Stadt Norden mit Strom, Gas, Wasser und Wärme und der Unterhalt sowie der Betrieb von Tourismuseinrichtungen und Bädern. In Teilbereichen der Samtgemeinde Hage betreibt die WBN die Wasserversorgung.

Neben den vorgenannten Tätigkeiten ist Gegenstand des Unternehmens:

- die Abwasser- und Klärschlamm Entsorgung
- der Betrieb und die Vermarktung von Telekommunikationsanlagen
- der Erwerb, Verwaltung und Vermarktung von bebauten und unbebauten Grundstücken
- technische und kaufmännische Dienstleistungen

wobei in dem zuerst genannten Gegenstand derzeit keine geschäftlichen Aktivitäten unternommen werden.

Technische und kaufmännische Dienstleistungen werden von der WBN angeboten, soweit sie im Zusammenhang mit den weiteren Geschäftszwecken stehen.

Die WBN ist eine 100%-ige Tochter der Gebietskörperschaft Stadt Norden. Die WBN hat mit der Stadt Norden Konzessionsverträge für Strom, Gas, Wasser und Fernwärme im Norder Stadtgebiet sowie einen Wasserkonzessionsvertrag mit der Samtgemeinde Hage geschlossen.

Seitens der Gesellschafterin ist gewünscht, eine möglichst hohe und umfassende Wertschöpfung in der Stadt Norden zu generieren.

Aufgrund des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) hat die WBN Aktivitäten-Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen für das Strom- und Gasnetz, sowie für den Messstellenbetrieb im Stromnetz aufgestellt.

II. Ziele und Strategien

Die Strategie der WBN zielt auf eine dauerhafte, auskömmliche Umsetzung des Unternehmenszwecks laut Position I. Hierbei sind generelle Trends und Entwicklungen in den beiden Branchen Energieversorgung und Tourismus zu beachten. Im Jahre 2016 wurde für den touristischen Bereich in Zusammenarbeit mit den örtlichen Leistungsträgern ein umfassendes Tourismuskonzept für die Destination Norden-Norddeich erarbeitet. Aus diesem Konzept ergeben sich zahlreiche strategische Maßnahmen auch für die WBN, die sich bereits in Umsetzung finden.

Für den Bereich Versorgung, Stadtwerke Norden, wurde in der Führungsebene eine neue Unternehmensstrategie erarbeitet und weiterentwickelt, die kurz zusammengefasst, sich auf die bisherigen Stärken des Unternehmens in der Energie- und Wasserversorgung auf dem heimischen Markt vor Ort konzentriert, ohne dabei gewinnträchtige innovative zukünftige Geschäftsfelder vollkommen aus den Augen zu verlieren.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Geschäfts- und somit auch Kalenderjahr 2021 war wiederum von der sich im Jahre 2020 weltweit ausbreitenden Covid-19-Pandemie geprägt.

Im Advent 2020 sah sich die deutsche Wirtschaft einer erneuten Infektionswelle gegenüber. Diese sowie die daraus resultierenden weitreichenden Gegenmaßnahmen hatten signifikante wirtschaftliche Auswirkungen bis ins 2. Quartal 2021 hinein. Mit zunehmender Impfquote und Absinken der Infektionszahlen wurden die Gegenmaßnahmen wieder gelockert bzw. beendet. Eine Wirtschaftsbelebung wurde in allen relevanten Kennzahlen sichtbar, wie z. B. einem höheren Privatkonsum, einem Anstieg von Im- und Export von Waren und Dienstleistungen und auch in einer Arbeitslosenquote von unter 6 %. Konjunktur- und Arbeitsmarktmaßnahmen mit teilweise erheblichem Umfang leisteten einen Beitrag zur Erholung. Die Inflationsrate betrug im Jahresdurchschnitt 3,1 % und stieg im Dezember 2021 sogar auf 5,3 %. Diese Entwicklung wurde u. a. durch das Ende der temporären Mehrwertsteuersenkung sowie die Versorgungsknappheit bei wichtigen Rohstoffen und Produktionsmaterialien getrieben. Insgesamt betrug das reale Wirtschaftswachstum für das Berichtsjahr rund 2,7 %.

Das Gastgewerbe und die Veranstaltungs- und Tourismusbranche waren von der Pandemie stark betroffen. Allein im Gastgewerbe war der Realumsatz nochmals um 2,2 % niedriger als im ersten Pandemiejahr 2020 und um sogar 40,3 % niedriger als im Jahre 2019. Nach Lockerung und teilweiser Aufhebung der Beschränkungen in der 2. Jahreshälfte setzte jedoch eine rasche Erholung ein.

Die privaten Konsumausgaben erholten sich im Jahr 2021 zum Vorjahresvergleich mit einem Anstieg um 3,4 %, konnten aber noch nicht das Niveau wie vor der Pandemie zum Jahre 2019 (-2 %) erreichen. Die Konsumausgaben des Staates wirkten dagegen mit einem preisbereinigten Anstieg von nochmals 6,0 % auch in der Corona-Krise stabilisierend.

Die Bruttoanlageinvestitionen verzeichneten preisbereinigt mit -3,5 % den deutlichsten Rückgang seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Dabei legten die Bauinvestitionen entgegen diesem Trend um 1,5 % zu. In Ausrüstungen – das sind vor allem Investitionen in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurden im Jahr 2021 dagegen preisbereinigt 12,5 % weniger investiert als im Vorjahr. Die Investitionen in sonstige Anlagen – darunter fallen vor allem Investitionen in Forschung und Entwicklung – fielen ersten Schätzungen zufolge preisbereinigt um 1,1 %.

Auch wenn Zahlen zur Gesamtzahl der wirtschaftlichen Beschäftigten noch nicht vorliegen, kann bereits jetzt gesagt werden, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 0,5 Mio. zum Vorjahr gestiegen ist.

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2021 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsdefizit von 132,5 Milliarden Euro. Damit wurde das Rekordergebnis des Jahres 2020 zwar untertroffen, dennoch war es das dritthöchste Defizit seit der deutschen Vereinigung. Neben 2020 nur noch übertroffen vom Rorddefizit 1995, in dem die Treuhandschulden in den Staatshaushalt übernommen wurden.

Gemessen am nominalen BIP errechnet sich für den Staat im Jahr 2021 eine Defizitquote von 3,7 %. Der europäische Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspakts von 3 % und die Zielgröße

für die nationale Schuldenbremse wurden demnach verfehlt. Allerdings wurde die Anwendung beider Zielgrößen aufgrund der Corona-Pandemie für die Jahre 2020 und 2021 ausgesetzt.

Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen:

Um die wirtschaftlichen Einbrüche infolge der Covid-19-Pandemie abzumildern, hat die Bundesregierung bereits im Jahre 2020 eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. So beschloss der Bundestag unter anderem im März 2020 eine gesetzliche Regelung, die sich auf Dauerschuldverhältnisse wie Strom- oder Gaslieferverträge bezog. Private Verbraucher und kleine Gewerbebetriebe durften demnach Zahlungen für Strom und Gas für drei Monate aussetzen, wenn sie nachweisen konnten, dass sie aufgrund der Covid-19-Pandemie in eine wirtschaftliche Schieflage geraten waren. Hiervon wurde in unserem Hause auch im Jahre 2021 nur vereinzelt Gebrauch gemacht.

Das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat haben sich im April 2021 auf ein neues und ambitioniertes Klimaziel geeinigt. So sollen bis zum Jahr 2030 die Treibhausgasemissionen in der EU um 55 % gegenüber 1990 gesenkt werden. Bis zum Jahr 2050 will die EU Klimaneutralität erreichen. Die EU-Kommission hat mit dem „Fit for 55“-Paket Mitte Juli 2021 Legislativvorschläge veröffentlicht, mit denen das Klimaziel bis zum Jahr 2030 erreicht werden soll. Darin enthalten sind neue Emissionsminderungspfade für den bisherigen Europäischen Emissionshandel sowie der Vorschlag, ein zweites Emissionshandelssystem für die Sektoren Verkehr und Gebäude ab dem Jahr 2026 zu etablieren. Eine Anhebung der Ziele für den Anteil erneuerbarer Energien und dekarbonisierter Kraftstoffe sowie eine Steigerung der Energieeffizienz über alle Sektoren hinweg sind ebenfalls Bestandteile des Pakets.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Frühjahr 2021 bestand Nachbesserungsbedarf bei dem deutschen Klimaschutzgesetz von 2019. In Reaktion darauf hat der Gesetzgeber im Juni 2021 in einer Novelle des Klimaschutzgesetzes das bestehende Treibhausgas-Reduktionsziel bis zum Jahr 2030 von -55 % auf -65 % gegenüber 1990 angehoben. Die Klimaneutralität in Deutschland soll bis zum Jahr 2045 erreicht sein. Für die Energiewirtschaft bedeuten diese neuen Ziele und die Aufteilung der zusätzlichen Einsparungen auf die unterschiedlichen Sektoren eine deutliche Erhöhung der bisher vorgesehenen Dekarbonisierungsgeschwindigkeit, insbesondere bis zum Jahr 2030.

Mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurde im Dezember 2020 für Deutschland das Ziel verbindlich festgelegt, bis 2030 65 % des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen bereitzustellen. Zudem wurde beschlossen, dass der gesamte Strom in Deutschland schon vor dem Jahr 2050 treibhausgasneutral erzeugt werden soll. Die Änderungen traten zum 01.01.2021 in Kraft. Um die Ziele zu erreichen, wurden die Ausschreibungsmengen für neue Anlagen bis zum Jahr 2030 erhöht; in einer kleineren Gesetzesnovelle im Frühjahr 2021 wurden diese für das Jahr 2022 für Wind Onshore und Photovoltaik nochmals erhöht. Darüber hinaus wurden weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Wind Onshore sowie bei der Förderung von Photovoltaik beschlossen – beispielsweise im Bereich Mieterstrom. Ein Teil der Änderungen steht aktuell noch unter dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Prüfung durch die EU-Kommission.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat Ende Januar 2021 die Festlegung des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors (Xgen) Gas auf 0,49 % in der dritten Regulierungsperiode bestätigt. Zuvor hatte das Oberlandesgericht Düsseldorf die Festlegung durch die Bundesnetzagentur im Sommer 2019 im Rahmen eines Beschwerdeverfahrens aufgehoben. Der Xgen Gas ist für die Höhe der Netzentgelte und damit für das Ergebnis der Netzbetreiber von Bedeutung. Der Xgen reduziert die zulässige Erlösobergrenze. Grundlage seiner Berechnung sind angenommene netzwirtschaftliche Produktivitätsfortschritte im Vergleich zur Gesamtwirtschaft; einen gegenläufigen Effekt hat die Inflation.

Der Bundestag hat im Mai 2021 das Schnellladegesetz und das Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgas-Minderungsquote beschlossen. Damit soll zum einen der Ausbau von 1.000 Schnellladehubs mittels Ausschreibungen sichergestellt und zum anderen die Treibhausgas-Intensität von Kraftstoffen gesenkt werden. Beide Regelungen können die Geschäftsmodelle der Stadtwerke Norden im Bereich der Elektromobilität stärken. Da neben Fahrstrom auch Biokraftstoffe eine wichtige Option zur Treibhausgas-Minderung darstellen, erwarten wir eine weiter steigende Nachfrage nach Biomethan aus dem Verkehrssektor. Erste Pläne, die bestehenden Erdgastankstellen in einem Zeithorizont von 5 Jahren abzubauen, wurden daher erste mal wieder fallen gelassen. Dafür spricht auch die im Berichtsjahr gestiegene Anzahl an zugelassenen CNG Fahrzeugen.

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland stieg zwar gegenüber dem Vorjahr leicht um 2,6 %, behielt aber langfristig den seit 2017 zu erkennenden sinkenden Trend bei. Die konjunkturelle Erholung lies den Stromverbrauch um 3,1 % ansteigen. Das Niveau vor der Pandemie konnte jedoch noch nicht erreicht werden. Bei der Bruttostromerzeugung ist erstmalig seit Jahren der Anteil der Erneuerbaren auf 40,9 % (Vorjahr 44,1 %) gesunken. Hier hat insbesondere der gesunkene Windstromanteil beigetragen, der witterungsbedingt deutlich zurückgegangen ist.

Die Witterung des Jahres 2021 zeigte sich teilweise extrem: Ein Frühjahr, dessen Temperaturen deutlich unter dem 10-jährigen Mittel lagen, Hitzeperioden im Frühsommer sowie Starkregenereignisse im Sommer. Insgesamt lag das Temperatur-Jahresmittel von 9,7 Grad Celsius etwas unter dem des Jahres 2020, dennoch gehört das Jahr 2021 zu den zehn wärmsten Jahren seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Insbesondere aufgrund der niedrigen Temperaturen im Frühjahr wurde jedoch in Deutschland im Berichtsjahr fast 4 % mehr Erdgas verbraucht als im Vorjahr.

Tourismuspolitische Rahmenbedingungen:

Die Tourismuswirtschaft ist eine der Wachstumsbranchen der deutschen Wirtschaft. Sie sichert und schafft Arbeitsplätze und sorgt für umfangreiche zusätzliche Investitionen.

Die Bruttowertschöpfung der Tourismusbranche betrug laut Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus in Deutschland“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Jahr 2015 über 105 Milliarden Euro - das entspricht 3,9 % der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland und ist vergleichbar mit dem Einzelhandel (3,3 %) oder dem Maschinenbau (3,5 %).

Mehr als 2,9 Millionen Erwerbstätige waren in Deutschland im Jahr 2015 direkt in der Tourismuswirtschaft beschäftigt – das sind 6,8 % der inländischen Gesamtbeschäftigung. Damit liegt der Tourismus noch vor dem Baugewerbe und dem Sektor Erziehung und Unterricht (beide 5,6 %). Für die Bundesregierung zählt der Tourismus zu den Schlüsselbranchen in Deutschland.

Laut einer Untersuchung aus dem Jahr 2016 sorgt der Tourismus innerhalb der Stadt Norden für einen Bruttoumsatz von 168 Mio. Euro p.a. und sichert 4.200 Arbeitsplätze. Der touristische Einkommensbeitrag liegt bei 87 Mio. Euro p.a. und beträgt damit 16 % des Primäreinkommens. Die Stadt Norden erzielt dabei jährliche tourismusinduzierte Steuereinnahmen in Höhe von 2,6 Mio. Euro

Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das Beherbergungsgewerbe liegen am Aufstellungstichtag noch nicht vor. Laut Landesamt für Statistik Niedersachsen konnte das Bundesland Niedersachsen in den gewerblichen Betrieben einen Übernachtungszuwachs von 6,6 % auf 32,0 Millionen (Vorjahr 30,0 Mio.) und eine Steigerung der Ankünfte um 2,3 % auf 8,9 Mio. (Vorjahr 8,7 Millionen) verzeichnen.

II. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft stellte sich im Berichtsjahr trotz der widrigen Begleitumstände der Covid-19-Pandemie insgesamt recht erfreulich dar.

Entwicklung der Energie- und Wasserversorgung

Die Komplexität und Dynamik des Energiemarktes ist unverändert hoch. Die in Deutschland beschlossene Energiewende und die damit in Zusammenhang stehenden Klimaschutzprogramme führen zu einem tiefgreifenden Strukturwandel in der Energiebranche.

Die gestiegenen Ansprüche an Klimaschutz und Energieeffizienz, der zunehmende Wettbewerb sowie die weiterhin hinzukommenden Aufgaben im administrativen Bereich, resultierend aus der Regulierung der Energiemärkte, stellen das Unternehmen vor neue unternehmerische Anforderungen.

Die Strategie des Geschäftsbereichs Versorgung vor diesem Hintergrund für die kommenden Jahre lautet:

- Ausbau der regenerativen und effizienten Energieerzeugung, Einstieg in das Geschäftsfeld „Wasserstoff“
- Optimierung der Beschaffungsgrundlagen für Strom und Gas, auch in Kooperation mit befreundeten Stadtwerken in der Region im Rahmen der Kooperation Ostfriesischer Stadtwerke (KOS)
- Auf- und Ausbau von weiteren Kooperationsfeldern in der KOS, wie z.B. Materialeinkauf, Produktmanagement, Elektromobilität, etc.
- Imageverbesserung und Erhöhung der Kundenbindung vor Ort.
- Einstieg in neue Felder der Daseinsvorsorge, wie z.B. der Mobilitätsdienstleistungen.

Der Geschäftsbereich Versorgung kann auf ein sehr gutes Jahr 2021 zurückblicken. Bei einem Versorgungsumsatz von 29.002 T€ (VJ 28.790 T€) und einem Jahresergebnis der Versorgung von 2.902 T€ (VJ 1.920 T€), konnten die Sparten Strom, Gas und Wasser ein gutes Ergebnis erzielen. Auch die Sparte Fernwärme schloss erstmalig seit Bestehen mit einem positiven Ergebnis ab, wobei dieses jedoch insbesondere auch auf einmalige Sondereffekte zurückzuführen ist.

Die in den Vorjahren eingeleiteten Maßnahmen (u.a. Aufbau Erzeugungskapazitäten am Ocean Wave) wurden im Berichtsjahr weiter umgesetzt.

Aktuell wird darüber nachgedacht, kostengünstige Abwärme aus einer Elektrolyseanlage zur Herstellung vom Wasserstoff, welche ggf. am Standort des Heizwerkes Lehmweg errichtet werden soll, einzusetzen.

Im Bereich der Großhandelsmärkte stiegen die Bezugspreise für Erdgas und Strom im Berichtsjahr kontinuierlich an. Dieses hatte zu Folge, dass sich viele sogenannte „Discountanbieter“ vom Markt verabschieden mussten, da diese auf eine kurzfristige Beschaffung mit dem Hintergrund einer stagnierenden bzw. fallenden Preisentwicklung gesetzt haben. So mussten im Rahmen unseres Status als Grund- und Ersatzversorger in unserem Netzgebiet zahlreiche Kunden in der Grund- und Ersatzversorgung aufgefangen werden.

Dies führte zu einem Anstieg des Marktanteils von versorgten Kunden in unseren Netzen im Gasbereich von 82 auf 85 %. Im Stromnetz konnte die von uns gelieferte allokierte Menge von 67 auf 72 % gesteigert werden.

Entwicklung Tourismus und Bäder

Das touristische Jahr 2021 wurde erneut sehr stark durch die COVID-19-Pandemie beeinflusst. Das Beherbergungsverbot wurde erst ab dem 10.05.21 wieder aufgehoben, das Ocean Wave blieb sogar bis zum 15.06.21 geschlossen. Die nachfolgende Sommersaison verlief gut, Herbst und Winter hatten fast durchgängig zweistellige Zuwachsraten. Insgesamt sanken die Gästeankünfte in Norden-Norddeich um 2,8 % auf 234.819 (Vorjahr 241.571). Die Anzahl der Übernachtungen erhöhte sich dagegen um 2,17 % auf 1.655.029 (Vorjahr 1.619.872). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer hat sich damit erneut deutlich auf 7,05 Tage erhöht (Vorjahr 6,71 Tage).

Trotz der steigenden Übernachtungszahlen verringerten sich im Vorjahresvergleich die Erlöse aus Kurabgaben leicht um 0,22 % von 2.865 T€ auf 2.859 T€. Der Grund hierin liegt in einer Verschiebung der Übernachtungen von der Haupt- auf die Nebensaison.

Im Erlebnisbad „Ocean Wave“ wurden incl. Sauna und Solarium im Jahr 2021 nur 87.347 Besucher gezählt. Dies sind 22.348 Besucher bzw. 34,4 % mehr als im Vorjahr (64.999 Besucher). Ursachen für diese immer noch geringe Besucherzahl sind die pandemiebedingten Schließungszeiten und die durch das notwendige Hygienekonzept reduzierten Besucherzahlen während der Öffnungsphasen. Das Bad erzielte einen Gesamtumsatz von 772 T€ (Vorjahr 654 T€), das entspricht einem Anstieg um 21,8 %.

Aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen, die Umsatzeinbußen und Kostensteigerungen zu Folge hatten, wurden auch im Geschäftsjahr 2021 Billigkeitsleistungen des Landes Niedersachsen beantragt und in Anspruch genommen. Von den unterjährig auf Schätzwerten basierenden beantragten und erhaltenen Billigkeitsleistungen in Höhe von 945 T€, wird aufgrund der positiven Entwicklung im 2. Halbjahr 2021 ein Großteil in Höhe von voraussichtlich 776 T€ zurückzuzahlen sein, so dass lediglich 168 T€ ergebniswirksam vereinnahmt worden sind.

Insgesamt verbesserte sich das Ergebnis des Geschäftsbereichs Bäder im Vorjahresvergleich um 243 T€ auf -2.419 T€, das Ergebnis des Geschäftsbereichs Tourismus verschlechterte sich um 133 T€ auf 1.772 T€. Die Sparte Tourismus und Bäder erreichte somit insgesamt ein Ergebnis von - 647 T€.

III. Ertrags-, Vermögens-, und Finanzlage

1. Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2021 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 2.322 T€ ausgewiesen (VJ Jahresüberschuss 1.644 T€). Damit weicht das Jahresergebnis positiv um 2.130 T€ von dem geplanten Ergebnis ab (geplanter Jahresüberschuss 2021: 192 T€).

Das gute Ergebnis ergibt sich im Wesentlichen aus den auskömmlichen Margen im Energievertrieb, insbesondere im Bereich Gas. Hinzuweisen ist auf die erneut positive Planabweichung in der Sparte Tourismus und Bäder: Mit einem Jahresergebnis von - 647 T€ schließt die Sparte trotz der COVID-19-Pandemie um 407 T€ besser als geplant (-1.054 T€) ab.

Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr 2021 33.408 T€ (VJ 33.358 T€) und liegen damit mit 0,1 % nur leicht über dem Wert des Vorjahres.

Die Absatzzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

	2021		2020	
Strom	44.906	MWh	45.647	MWh
Gas	247.220	MWh	228.507	MWh
Wärme	35.816	MWh	34.084	MWh
Wasser	1.277	Tm ³	1.302	Tm ³

Absatzrückgänge im Bereich Strom lassen sich insbesondere dadurch erklären, dass der Trend zur Bündelung des Filialbetriebes weiterhin anhält und somit Kundenverluste im Bereich der Gewerbekunden zu verzeichnen sind. Im Bereich Privatkunden befindet sich der Marktanteil weiterhin auf einem hohen Niveau und konnte aufgrund des Marktaustrittes einiger sogenannter „Energie-discounter“ zum Ende des Geschäftsjahres sogar leicht erhöht werden.

Die Absatzsteigerungen in den Bereichen Gas und Wärme erklären sich im Wesentlichen durch die ungewöhnlich lang andauernde Kälteperiode im Frühjahr 2021. Zwar lag die Durchschnittstemperatur in Norden im Jahr 2021 erneut deutlich oberhalb des planungsrelevanten 5-Jahresmittel der Jahre 2013 bis 2020, aber trotz des warmen Jahres deutlich unter den Durchschnittstemperaturen des Vorjahres, was insgesamt zu einer Absatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr führte.

Die Segmentabschlüsse für das Stromnetz und das Gasnetz zeigen ein homogenes Bild. So sank das Ergebnis des Segments Stromverteilung auf -209 T€ (VJ -32 T€); im Segment Gasverteilung verschlechterte sich das Ergebnis auf -229 T€ (VJ -156 T€).

Die Wasserversorgung (Aufbereitung, Verteilung, Verkauf) erreichte ein Ergebnis von 90 T€ (VJ: 4 T€).

Die Personalaufwendungen betragen 7.616 T€ (VJ 7.465 T€). Die Erhöhung in Höhe von 151 T€ (2,0 %) erklärt sich hauptsächlich durch die tariflichen Personalkostensteigerungen im Geschäftsjahr (1,06 %).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 1.134 T€ auf 5.291 T€ gestiegen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten sind die an die Stadt Norden (945 T€) und an die Samtgemeinde Hage (70 T€) abzuführenden Konzessionsabgaben (insgesamt 1.015 T€, VJ insgesamt 979 T€).

2. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt 57.158 T€ (VJ 50.576 T€). Das gestiegene Anlagevermögen hat einen erheblichen Anteil von 85,0 % (VJ 82,9 %) an der Bilanzsumme.

Im Jahr 2018 wurde auf Hinweis der Kommunalaufsicht eine Vereinbarung mit der Stadt Norden getroffen, die vorsieht, die im Jahre 2014/2015 im Rahmen der gesellschaftlichen Schieflage gewährte Kapitalstärkung in Höhe von 1.349 T€ aus Haushaltsmitteln, zurückzuführen. Im Berichtsjahr wurde die letzte Rate zur Rückzahlung getätigt.

Aufgrund des Jahresüberschusses, unter Abzug der vorab erwähnten im Berichtsjahr erfolgten Restzahlung zur Rückzahlung aus der Kapitalrücklage, erhöht sich das Eigenkapital in Summe noch um 2.172 T€ auf nunmehr 21.271 T€ (VJ 19.099 T€). Trotz der deutlichen Steigerung der Bilanzsumme konnte die Eigenkapitalquote damit nahezu konstant auf 37,2 % (VJ 37,7 %) gehalten werden.

Die Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse haben sich planmäßig um 25 T€ vermindert.

3. Investitionen

Im Berichtsjahr nahm die WBN erheblichen Investitionen in Höhe von insgesamt 9.745 T€ vor. Dabei stechen die Investitionen zur Umsetzung des Masterplans Wasserkante in Höhe von 5.681 T€ heraus. Weitere Wesentliche Investitionen waren 2.791 T€ in unsere Verteilnetze, 193 T€ in eine Seewasseranwendungsanlage im Ocean Wave, 90 T€ in eine neue Telefonanlage sowie 51 T€ in eine neue Chlorelektrolyseanlage im Ocean Wave.

Die Investitionen wurden im Wesentlichen durch die Aufnahme von Darlehen in Höhe von 4.500 T€ und freier Liquidität aus Gewinnthesaurierungen der Vorjahre finanziert.

4. Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 7.112 T€ (VJ 4.638 T€). Es wurden finanzielle Mittel für Investitionstätigkeiten (9.745 T€) sowie zur Tilgung von Darlehen (1.891 T€) eingesetzt. Damit haben sich die liquiden Mittel zum Jahresende um 1.531 T€ auf 1.681 T€ verringert.

5. Personal

Zum Bilanzstichtag wurden 139 Mitarbeiter (VJ 137) beschäftigt. Im Geschäftsbereich Versorgung 87 (VJ 84) und im Geschäftsbereich Tourismus und Bäder 52 (VJ 53). Das Durchschnittsalter beträgt insgesamt 43,84 (VJ 44,67) Jahre. Im Bereich Versorgung ist der Schnitt etwas höher, dieser liegt momentan bei 44,09 (VJ 45,08) Jahren, während im Bereich Tourismus und Bäder der Schnitt bei 43,42 (VJ 44,02) Jahren liegt. 25 (VJ 25) % der Mitarbeiter sind über 55 Jahre alt, insgesamt 7 (VJ 10) % über 60. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild.

Gruppe	<=25	26-30	31-35	36-40	41-45	46-50	51-55	56-60	61-65	>65	
Anzahl	13	11	17	17	16	14	16	25	10	0	139
%	9%	8%	12%	12%	12%	10%	12%	18%	7%	0%	
%	29%			24%		22%		25%			

Insbesondere aufgrund des steigenden Anteils der Mitarbeiter, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand eintreten werden, sieht die Geschäftsführung es weiterhin als notwendig an, für die Zukunft Vorsorge zu treffen. Durch eine umfassende Personalplanung ist es uns im letzten Jahr gelungen, durch Renteneintritt entstandene oder sonstige vakante Stellen frühzeitig zu besetzen.

Hierbei ist hervorzuheben, dass viele Stellen durch eigene Auszubildende und junge Nachwuchskräfte besetzt werden konnten. Künftig soll diese Vorgehensweise durch das erarbeitete Personalentwicklungskonzept weiter intensiviert werden.

6. Nicht finanzielle Ziele

Neben den bisher erläuterten finanziellen und nicht finanziellen Leistungsindikatoren (Energie- und Wassermenge) verfolgt die WBN noch die folgenden Ziele:

Diverse Methoden, Vorgaben und Regeln für ein Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) gemäß ISO/IEC 27001 wurden im Geschäftsjahr 2021 weiterentwickelt. Die damit einhergehenden Eingriffe in die Organisation und Prozessabläufe der WBN zur dauerhaften Steuerung und Verbesserung der Informationssicherheit wurden durch externe Überwachungsaudits im Februar (Rezertifizierungsaudit) und November 2021 erfolgreich bestätigt.

Die WBN unterstützt traditionell das Engagement von Vereinen, Institutionen und Einrichtungen im sozialen, karitativen und gemeinnützigen Umfeld von Norden. So wurden im Jahre 2021 Spenden und Sponsoringleistungen an entsprechende Einrichtungen und Organisationen von über 23.500 T€ erbracht.

Nachhaltigkeit

Zum großen Teil beziehen die Stadtwerke Norden die elektrische Energie für die Stadt aus dem eigenen Windpark am Marschweg sowie aus eigenen Blockheizkraftwerken. Somit können wir unseren Haushaltskunden ohne Aufpreis klimaneutralen Regionalstrom bieten, der im Jahre 2021 einen Anteil von über 70 % einnahm.

Im Berichtsjahr sind die Weichen gestellt worden, dass sich die WBN als Gesellschafterin bei H2NORD GmbH & Co. KG beteiligen kann. Diese verfolgt das Ziel, ein umfängliches Wasserstoffkonzept entlang der gesamten Wertschöpfungskette in Ostfriesland umzusetzen. Wasserstoff ist ein möglicher Baustein zur autarken und unabhängigen Energieversorgung direkt aus regional erzeugter Windenergie.

Mit unseren beiden Holzheizwerken im Lehmweg und auf dem Doornkaat-Gelände erzeugen wir klimaschonend Fernwärme und reduzieren unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen.

Unser Fuhrpark umfasst derzeit 5 reine Elektrofahrzeuge, 1 Hybridfahrzeug und 8 umweltfreundliche CNG-Fahrzeuge. Wir streben an, die Anzahl der E-Fahrzeuge weiter zu erhöhen.

In Norddeich und Tidofeld betreiben wir je eine Erdgastankstelle. Diese wurden 2021 auf 100 % Biomethan umgestellt und stellen somit eine nachhaltige Alternative zu fossilem Erdgas dar. Erdgasautos fahren damit klimaneutral und verbessern durch Biomethan im Tank die Luftqualität.

Ebenfalls betreiben wir gemeinsam mit der AG Reederei Norden-Frisia 20 Elektro-Roller im Sharing-Prinzip. Diese E-Roller (NERO) können innovativ per App gemietet werden. Derzeit prüfen wir, ob wir das Angebot um zwei Leichtkraftfahrzeuge ergänzen.

Als Hauptsponsor unterstützen wir das Projekt „Stadtwerke Norden Mitfahrerbanken“, wodurch ältere und mobilitätseingeschränkte Personen durch Fahrgemeinschaften weiterhin von A nach B gelangen.

Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen wir über das Modell „BusinessBike“ das Leasing von E-Bikes.

Wir bauen die öffentliche Ladeinfrastruktur kontinuierlich weiter aus. In Norden und Norddeich betreiben wir aktuell 6 Ladesäulen mit je 2 Ladepunkten. Zwei Ladesäulen mit je zwei Normalladepunkten (AC), vier Ladesäulen mit je einem Schnellladepunkt (DC) und einem Normalladepunkt.

Jährlich wird ein Wasserspender für Schulen oder Kindergärten finanziert, um jungen Menschen Zugang zu frischem Trinkwasser in den Einrichtungen zu ermöglichen. Hierdurch wird kein abgefülltes Wasser mit weiten Transportwegen mehr benötigt, wodurch sich CO₂ Einsparungen ergeben. Zusätzlich stellen wir auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kostenfrei frisches Trinkwasser aus einem Wasserspender zur Verfügung.

Trotz der auslaufenden Covid-19 Pandemie ermöglichen wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterhin aus dem Home-Office zu arbeiten – vorausgesetzt die Tätigkeit lässt es zu und es wird vom Mitarbeiter erwünscht.

7. Gesamtaussage

Das Geschäftsjahr 2021 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH verlief trotz der pandemiebedingten negativen Begleitumstände hoch erfreulich. Die Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan 2021 konnten insbesondere aufgrund der guten Ergebnisse aus dem Versorgungsbereich deutlich übertroffen werden.

C. Chancen und Risikobericht

Risiken:

Im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagementsystems werden die Risiken systematisch identifiziert und analysiert sowie hinsichtlich der potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet.

Die bestehenden Risiken haben unterschiedliche Ursachen. Als wesentlich für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft sehen wir folgende, mit absteigender Gewichtung aufgeführte Risiken.

Marktrisiken

Die WBN ist im Zuge der Geschäftstätigkeit, wie andere Energieversorger auch, den Risiken der Energiemärkte ausgesetzt. In der Energiebeschaffung werden die bezugsseitigen Risiken durch Vollversorgungsverträge mit Vorlieferanten minimiert.

Eine mögliche weitere Verschärfung des Wettbewerbs kann – und wird, wie wir aufgrund der aktuellen Entwicklung auf den Energiemärkten sehen können – zu einer Beeinträchtigung der Ertragslage führen.

Ausfallrisiken

Die Gefahr, dass Kunden ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen und dadurch beim liefernden Unternehmen finanzielle Verluste verursacht werden, ist latent vorhanden. Im Bereich von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden im Geschäftsjahr 2021 Forderungen in Höhe von 18 T€ (Vorjahr 52 T€) abgeschrieben. Mit einer Vielzahl von Kunden mussten Ratenzahlungsvereinbarungen vereinbart werden. Die Zusammenarbeit mit einem Inkassounternehmen sowie hiesigen Anwälten hat sich bewährt. Das Ausfallrisiko von Kundenforderungen wird dennoch grundsätzlich bestehen bleiben; und sich aufgrund der aktuellen Energiemarktlage deutlich ausweiten, belastbare Aussagen über deren genaue Höhe und konkreten Zeitpunkt können nicht gemacht werden. Dem generellen Ausfallrisiko wird zusätzlich über die Erfassung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Preisänderungsrisiken

Für Teilnehmer am Großhandelsmarkt können, aufgrund von schwankenden Preisen, Preisänderungsrisiken auftreten. Diese Preisschwankungen können zusätzlich abhängig vom Annahmeverhalten zu Gewinnen und Verlusten führen. Weiterhin besteht die Gefahr des Kundenwechsels bei zuvor für diesen Kunden getätigter Beschaffung. Die WBN hat in der Beschaffung sogenannte Vollversorgungsverträge ohne Take-or-Pay-Klauseln abgeschlossen. Dadurch sind die diesbezüglichen Risiken nahezu ausgeschlossen. Es werden nur die abgesetzten Mengen abgerechnet. Risiken bezüglich einer negativen Auswirkung auf das Ergebnis bestehen im Bereich der Privat- und Kleingewerbekunden. Hier kann mit einer Preisanpassung gegengesteuert werden. Im RLM-Bereich werden die Energiemengen direkt für die Kunden mit Abschluss des Energieliefervertrages gekauft, wodurch keine Risiken auftreten.

Betriebsrisiken

In den Unternehmensbereichen werden Anlagen mit einem hohen Grad an technischer Komplexität und Vernetzung eingesetzt. Ein Ausfall von Komponenten kann die Leistungsfähigkeit und damit die Ertragskraft des Unternehmens beeinträchtigen. Diesen Risiken wird durch geprüfte Verfahren aus Wartung und Qualitätssicherung sowie durch die Schulung und Auswahl von qualifiziertem Personal begegnet.

Zum Schutz der sogenannten kritischen Infrastruktur, Versorgungseinrichtungen und zugehöriger IT-Systeme der Energieversorgung wurden im Geschäftsjahr 2021 weitere Vorgaben aus dem Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) umgesetzt. Das Wiederholungsaudit zur Zertifizierung wurde erfolgreich durchlaufen.

Tourismus und Bäder

Im Bereich „Tourismus und Bäder“ bestehen weiterhin mittlere Risiken durch einen möglichen Rückgang der Besucher- und Übernachtungszahlen infolge externer Einflüsse (z.B. Erreichbarkeit, Ferienordnung, touristische Konkurrenz im In- und Ausland, Umweltkatastrophen, Wetter, Pandemien) sowie bei Änderungen der steuerlichen Regelungen und der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Im Geschäftsjahr 2021 wurde die WBN gerade von diesem Risiko durch die weltweite Corona-Virus Ausbreitung erneut stark getroffen. Nach dem von der Bundesregierung angeordneten Shut-Down Anfang November 2020, der bis zum Frühsommer 2021 in verschiedenartiger Form anhielt, brachen Großteile der Monatsumsätze des Geschäftsbereichs für die Monate Januar bis Juni weg. Diese konnten nur zum Teil durch eingeleitete Kosteneinsparungen (Kurzarbeitergeld, Budgetkürzungen für Marketingmaßnahmen) aufgefangen werden, so dass staatliche Hilfeleistungen in Anspruch genommen werden mussten.

Liquiditätsrisiken

Risiken, dass das Unternehmen möglicherweise nicht in der Lage ist, ausreichen Finanzmittel zu beschaffen, die zur Begleichung von eingegangenen Verpflichtungen notwendig sind, bestehen derzeit nicht. Das gilt auch für die zukünftigen höher ausfallenden Bezugskostenrechnungen für Energie. Für kurzfristige Liquiditätsengpässe sind entsprechende Kontokorrentlinien eingeräumt.

Umfeldrisiken

Das politische, rechtliche und gesellschaftliche Umfeld der Gesellschaft unterliegt einem beständigen Wandel. So bergen weltweite Krisensituationen – wie aktuell der Ukrainekrieg sowie die daraus resultierende Energiekrise – mögliche Risiken in sich. Weiterhin können aufwendige Umsetzungen von Änderungen der Energiewende wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen.

Zusammenfassend lassen sich bestandgefährdende Risiken, trotz der fortlaufenden Pandemielage und trotz der aktuellen Entwicklungen auf den Energiemärkten derzeit nicht erkennen.

Chancen:

Machten die uns in den Jahren 2003 und 2004 errichteten und somit in den Jahren 2023/2024 aus der festen EEG Vergütung fallenden fünf Windenergieanlagen noch Sorgen für die Zukunft, so hat sich dieses aufgrund des stark gestiegenen Preisniveaus auf dem Strommarkt deutlich verändert. Die zu erwartenden Betriebserlöse werden die prognostizierten Betriebskosten bei weitem übersteigen, so dass auch ohne die Sicherheit der festen EEG Vergütung, die Anlagen gewinnbringend, so lange ihre Standfestigkeit gesichert ist, fortbetrieben werden können.

Im Privatkundenbereich erwarten wir weitere Kundenzuwächse insbesondere im Segment der Grund- und Ersatzversorgung. Grund hierfür ist vor allem die Tatsache, dass weitere sogenannte Discountanbieter aufgrund Ihrer Beschaffungsstrategie, die auf kurzfristige Beschaffung ausgerichtet ist, in Zeiten von steigenden und auf hohem Niveau stagnierenden Energiemärkten, ausscheiden werden. Hier gilt es die Kunden mit attraktiven Angeboten in Sonderverträgen langfristig an uns zu binden.

Im Finanzergebnis macht sich das niedrige Zinsniveau weiterhin positiv bemerkbar. Durch den Auslauf von Festzinsvereinbarungen in Bestandsdarlehen im laufenden sowie in den kommenden Geschäftsjahren werden die Zinsaufwendungen – trotz des seit Jahresbeginn 2022 bereits angestiegenen Zinsniveaus – weiterhin sinken.

Durch weitere Optimierungen des Forderungsmanagements sollen Forderungen besser verfolgt und damit Forderungsausfälle möglichst weiter vermieden bzw. noch reduziert werden. Aufgrund der zu erwartenden deutlich höheren Energierechnungen ab dem Geschäftsjahr 2023, gewinnt diese Ziel an Bedeutung. Hier werden wir uns kurzfristig personell verstärkt aufstellen.

Durch die sehr starken Gäste- und Übernachtungszahlen des zweiten Halbjahres 2021 wird bereits dokumentiert, dass sich die umfangreichen Investitionen aus dem Masterplan Wasserkante zur Attraktivierung der Tourismusdestination Norden-Norddeich erfolgreich auswirken werden. Nach Abschluss der Baumaßnahmen Mitte 2022 wird die bereits erfolgreiche Stellung Norden-Norddeichs im Markt gefestigt und weiter ausgebaut werden, um dadurch für die Zukunft für alle vor Ort tätigen Unternehmen im Tourismus die Grundlage zu schaffen, erfolgreich tätig sein zu können.

D. Ausblick und Prognosebericht

Die Gesellschaft geht in ihrer ursprünglichen im Dezember 2021 aufgestellten Wirtschaftsplanung von einem positiven Jahresergebnis von 123 T€ in 2022 aus. Hierbei tragen die Sparten Strom und Gas ganz wesentlich zum Ausgleich der Verluste in den Bereichen Wärme, Wasser und Bäder bei.

Investitionen sind im Wirtschaftsjahr 2022 in Höhe von 8.846 T€ geplant, wobei die Investitionen zum Neubau des Reinwasserbehälters (2.110 T€), der weiteren Umsetzung des Masterplans Wasserkante (1.500 T€) und des Baus einer neuen Aufguss-Außensauna im Ocean-Wave (600 T€) herausstechen.

Am 24. Februar 2022 begann Russland einen großangelegten Überfall auf die Ukraine, in Folge dessen die ohnehin seit einem Jahr stetig steigenden Großhandelspreise an den Energiemärkten weiter in die Höhe schossen und sowohl im Strom als auch Gasmarkt Allzeithochs erreicht worden sind. Gegenseitige Sanktionsmaßnahmen der EU und Russlands führen aktuell zu weiteren Unsicherheiten an den Energiemärkten.

Aktuell verharren die Preise auf sehr hohem Niveau. Aufgrund der Beschaffungsstrategie der WBN, die mit dem Vorlieferanten in einem Tranchenmodell auf einen festen sich nicht ändernden Jahrespreis ausgelegt ist, fallen diese Preissteigerungen für das laufende Geschäftsjahr noch nicht ins Gewicht. Nach derzeitigen Erkenntnissen werden wir allerdings um erhebliche Preissteigerungen – auch für unsere Kunden – zum Jahresbeginn 2023 nicht umherkommen. Erhöhte Bezugskosten werden dann mit erhöhten Abschlägen der Kunden zu finanzieren sein.

Da wir allerdings auch mit unseren Windenergieanlagen als Stromproduzent im Rahmen der Direktvermarktung aktiv sind – unsere 6 Windkraftanlagen produzieren im Jahr ca. 19.000 MWh Strom –, werden wir von den gestiegenen Stromgroßhandelspreisen bereits im laufenden Geschäftsjahr profitieren. Es ist mit einem deutlich höheren Ergebnis im Bereich Windenergieanlagen zu rechnen, was in Summe zu einer deutlichen positiven Ergebnisabweichung im Jahre 2022 führen dürfte.

Im Herbst 2021 begann eine turnusmäßige Großbetriebsprüfung durch das Finanzamt Oldenburg, die coronabedingt bis zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht vollständig abgeschlossen worden ist. Die Betriebsprüferin hat uns jedoch in Form von Zwischenmitteilungen zu Prüfungsfeststellungen ihre Auffassung darüber mitgeteilt, dass die seit 2015 erhobenen Gästebeiträge aufgrund eines zwischengeschalteten Dienstleistungsverhältnisses mit der Stadt, für die wir die öffentlich-rechtliche Abgabe „Gästebeitrag“ einziehen, nicht mit dem reduzierten Umsatzsteuersatz nach § 12 Abs. 2 Nr. 9 in Höhe von 7 %, sondern mit dem Regelsteuersatz von 19 % versteuert werden müsste. Wir teilen diese Auffassung nicht und werden uns bei einer abschließenden Prüfungsfeststellung auch dagegen zu Wehr setzen. Dem Grundsatz des vorsichtigen Kaufmanns folgend, wurde jedoch eine entsprechende Risikovorsorge im Jahresabschluss 2021 berücksichtigt.

Die Sparte Tourismus und Bäder konnte bedauerlicherweise die Verlustzone aufgrund der äußeren Umstände im Berichtsjahr nicht verlassen. Seit Anfang 2017 wird sukzessive ein neues Tourismuskonzept für Norden-Norddeich umgesetzt, das 2015 erarbeitet wurde. Auf der Grundlage dieses Konzeptes wird das Ziel verfolgt, Norden-Norddeich als Tourismusdestination mit neuen Impulsen aufzuwerten und sich den veränderten Marktbedingungen anzupassen. Die für 2021 vorgesehene Evaluation des Konzeptes musste coronabedingt erneut verschoben werden.

Norden, 31. Mai 2022

Dipl.-Kfm.
Armin Korok
Geschäftsführer

Dipl.-Wirtschaftsjurist
Thorsten Schlamann, LL.M.
Geschäftsführer

Dipl.-Ing.
Wolfgang Völz
Geschäftsführer

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Bilanz zum 31.12.2021

Aktivseite

	Euro	31.12.2021 Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen und ähnliche Rechte	461.931,75		350.425,92
2. Geleistete Anzahlungen	0,00		0,00
		461.931,75	350.425,92
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	17.631.036,10		15.372.930,01
2. Technische Anlagen und Maschinen	22.884.666,07		22.318.245,17
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.352.094,70		1.301.180,13
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.974.226,20		2.361.171,64
		47.842.023,07	41.353.526,95
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	5.536,77		6.936,77
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00		0,00
3. Genossenschaftsanteile	640,00		640,00
4. Sonstige Ausleihungen	252.279,06		240.568,48
		258.455,83	248.145,25
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.564.146,90		498.390,42
2. Unfertige Leistungen	29.076,34		590,41
3. Geleistete Anzahlungen auf Bestellungen	0,00		0,00
		1.593.223,24	498.980,83
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.346.487,26		2.494.377,28
2. Forderungen gegen Gesellschafter	508.272,25		238.160,36
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.329.382,88		2.042.102,10
		5.184.142,39	4.774.639,74
III. Schecks, Kassenbestand und Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten			
		1.681.246,77	3.212.209,40
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	137.218,75		137.674,66
		137.218,75	137.674,66
BILANZSUMME		57.158.241,80	50.575.602,75

		Passivseite	
	Euro	31.12.2021 Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	11.800.000,00		11.800.000,00
II. Kapitalrücklage	2.088.648,05		2.237.859,25
III. Gewinnrücklage	558.154,47		558.154,47
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.502.812,27		2.858.462,26
V. Jahresüberschuß	2.321.844,36		1.644.350,01
	<hr/>	21.271.459,15	<hr/> 19.098.825,99
B. Empfangene Ertragszuschüsse		7.731,48	32.315,48
C. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen		1.351.218,98	561.056,02
2. Sonstige Rückstellungen		3.226.081,19	1.647.057,01
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten	25.023.048,20		22.414.328,87
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	225.361,97		222.448,19
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.977.039,26		3.010.258,58
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	146.739,89		89.692,38
5. Sonstige Verbindlichkeiten, davon aus Steuern € 267.006,25 (Vorjahr: € 105.887,06)	2.858.451,18		3.421.819,23
	<hr/>	31.230.640,50	<hr/> 29.158.547,25
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten		71.110,50	77.801,00
BILANZSUMME		<hr/> <hr/> 57.158.241,80	<hr/> <hr/> 50.575.602,75

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2021

	Euro	01.01.-31.12.2021 Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	35.557.784,88		35.564.007,77
abzüglich Stromsteuer		-778.309,74	-935.523,75
abzüglich Energiesteuer		-1.371.738,38	-1.270.122,59
		33.407.736,76	33.358.361,43
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		530.159,13	411.229,63
3. Sonstige betriebliche Erträge		2.617.891,40	1.485.711,69
		<u>36.555.787,29</u>	<u>35.255.302,75</u>
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	15.091.297,65		16.215.003,79
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.701.600,91</u>		<u>1.844.080,79</u>
		16.792.898,56	18.059.084,58
5. Personalaufwand:			
a) Löhne und Gehälter	5.973.830,94		5.854.822,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung,	<u>1.642.093,45</u>		<u>1.610.646,80</u>
- davon für Altersversorgung		7.615.924,39	7.465.468,80
€ 388.501,86 (Vorjahr € 370.466,90)			
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		3.039.645,16	3.008.774,93
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		5.290.235,35	4.056.046,97
8. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		5.816,56	5.269,03
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		7.023,74	9.660,19
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen			
€ 811,49 (Vorjahr € 260,20)			
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen		1.400,00	1.500,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen,		660.715,50	533.156,01
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen			
€ 2.530,13 (Vorjahr € 4.213,78)			
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>768.250,60</u>	<u>432.811,38</u>
13. Ergebnis nach Steuern		2.399.558,03	1.713.389,30
14. Sonstige Steuern		<u>77.713,67</u>	<u>69.039,29</u>
Jahresüberschuss		<u><u>2.321.844,36</u></u>	<u><u>1.644.350,01</u></u>

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Anhang für das Geschäftsjahr 2021

I. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Norden und wird beim Amtsgericht Aurich unter HRB 100756 geführt.

II. Angaben zur Form und Darstellung des Abschlusses

Der Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH (WBN) ist nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Der Anhang folgt in seiner Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen werden zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Berücksichtigung von Fertigungs- und Materialgemeinkostenzuschlägen bewertet. Gegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben. Das Sachanlagevermögen der Versorgungsbereiche wird linear und degressiv, die betriebstypischen Anlagen der Bäder werden linear abgeschrieben.

Die Abschreibungen werden bei Gebäuden linear über die Nutzungsdauer von 50 Jahren vorgenommen.

Die Nutzungsdauer bei technischen Anlagen und Maschinen beträgt zwischen 10 und 35 Jahren, bei anderen Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung 4 bis 20 Jahre.

Das Meerwasser-Hallenwellenbad „Ocean Wave“ wird über einen Zeitraum von 33 Jahren abgeschrieben. Die technische Einrichtung unterliegt Nutzungsdauern zwischen 7 und 25 Jahren.

Angeschaffte geringwertige Anlagegüter bis zu einem Wert von 800 € werden im Anschaffungsjahr abgeschrieben. Vermögensgegenstände mit höheren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten werden planmäßig linear über die übliche Nutzungszeit abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind mit den Anschaffungskosten oder mit dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Ausleihungen sind zum Nominalwert bilanziert.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind mit den fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungskosten oder zu niedrigeren Marktpreisen unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Die unfertigen Leistungen sind zu Herstellungskosten unter Einbeziehung von Lohn- und Materialgemeinkosten bilanziert.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit den Nennwerten unter Berücksichtigung erkennbarer Ausfallrisiken angesetzt.

Die flüssigen Mittel werden am Bilanzstichtag zum Nennwert angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum an diesem Zeitpunkt darstellen.

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert.

Die empfangenen Ertragszuschüsse werden seit 2003 passivisch vom dazugehörigen Anlagegut abgesetzt und über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Bis zum Jahr 2002 wurden die von den Anschlussnehmern erhobenen Baukostenzuschüsse in den Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse eingestellt. Der Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse wird jährlich mit 5 % der Ursprungsbeträge aufgelöst. Im Jahr 2021 wurden 25 T€ aufgelöst.

Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Als passiver Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Latente Steuern ergeben sich grundsätzlich aus sich in den Folgejahren wieder ausgleichenden Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen, sofern sich daraus zukünftige Steuerbe- oder -entlastungen ergeben. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit dem Steuersatz, der zum Zeitpunkt der voraussichtlichen Umkehrung der Differenzen anzuwenden ist. Dabei handelt es sich um den kombinierten Steuersatz aus der Körperschaftsteuer in Höhe von 15 %, Solidaritätszuschlag auf die Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % sowie Gewerbesteuer von 13 % (Hebesatz von 380 %). Ansatz- und Bewertungsunterschiede zwischen der Handels- und der Steuerbilanz ergeben sich bei den sonstigen Rückstellungen. Zudem bestehen steuerliche Verlustvorträge. Vom Wahlrecht zur Aktivierung des aktivischen Überhangs der latenten Steuern wird kein Gebrauch gemacht.

IV. Angaben zu Posten der Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im anliegenden Anlagenspiegel dargestellt. Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um die EDV-Software sowie um ein Wassergewinnungsrecht in der Samtgemeinde Hage.

Unter den Finanzanlagen werden Beteiligungen (im Wesentlichen Windenergie Leegland Verwaltungs GmbH, Norden) sowie Darlehen an Mitarbeiter ausgewiesen. Der Betrag der Laufzeit größer 1 Jahr betrug 243 T€ (VJ: 231 T€). Im Berichtsjahr wurde auf die Beteiligungen eine außerordentliche Abschreibung von 1 T€ (VJ: 2 T€) vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Ablesung der Verbrauchswerte erfolgte zum Jahresende in der Zeit 11/2021 - 12/2021 mit einer anschließenden Hochrechnung auf das Jahresultimo. Die sonstigen Vermögensgegenstände umfassen größtenteils Forderungen an das Hauptzollamt (293 T€; VJ 446 T€), Forderungen an das Finanzamt (331 T€; VJ 748 T€) sowie Forderungen aus der Abrechnung von Umlagen des Energiebezuges (166 T€; VJ 554 T€).

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Die Kapitalrücklage in Höhe von 2.089 T€ (VJ: 2.238 T€) speist sich zum einen aus einer Kapitaleinlage der Gesellschafterin aus dem Jahr 2014 in Höhe von 1.349 T€, die zum Bilanzstichtag noch mit 0 T€ (VJ: 149 T€) valuiert und im Jahr 2021 planmäßig vollständig zurückgezahlt wurde. Zum anderen in Höhe von 2.089 T€ (wie Vorjahr) aus den kumulierten Kapitalrücklagen der ehemaligen Verschmelzungsgesellschaften Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH (alt), Stadtwerke Norden GmbH (jetzt WBN) und Kurbetriebs GmbH, die im Jahre 2003 auf die Stadtwerke Norden GmbH verschmolzen worden sind. Im Anschluss erfolgte damals die Umfirmierung der Stadtwerke Norden GmbH auf Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH.

Sonstige Rückstellungen

Rückstellungen mit einer Laufzeit von größer einem Jahr sind abzutinsen. Auf- und Abzinseffekte werden im Zinsergebnis dargestellt.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen:

	2021	2020
CO ² -Abgabe / Zertifikate	1.120 T€	0 T€
Billigkeitsleistungen	777 T€	100 T€
Personalverpflichtungen	582 T€	560 T€
Instandsetzungs-/Rückbauverpflichtungen	254 T€	700 T€
Sonstiges	493 T€	387 T€

Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeit werden nach Maßgabe des Blockmodells gebildet. Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt unter Zugrundelegung eines fristadäquaten Rechnungszinssatzes von durchschnittlich 2,5 % p.a. sowie mit

einem Gehaltstrend von 2,5 % p.a. Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden für zum Bilanzstichtag bereits abgeschlossene und zukünftige potenzielle Altersteilzeitvereinbarungen gebildet. Sie enthalten Aufstockungsbeträge und bis zum Bilanzstichtag aufgelaufene Erfüllungsverpflichtungen der Gesellschaft.

Die Verpflichtungen aus den Altersteilzeitverpflichtungen werden mit den Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung der Verpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (sog. Deckungsvermögen), verrechnet. Die Bewertung des Deckungsvermögens erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, der auch den Anschaffungskosten entspricht (T€ 80). Da das Deckungsvermögen in erster Linie einer insolvenzrechtlichen Absicherung dient, wurden hieraus keine signifikanten Erträge erwirtschaftet.

Verbindlichkeiten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr von 2.098 T€ (VJ 1.775 T€) und Verbindlichkeiten mit mehr als 1 Jahr Restlaufzeit in Höhe von 22.925 T€ (VJ 20.640 T€) enthalten. Davon hat ein Teilbetrag von 15.382 T€ (VJ 13.794 T€) eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind zu einem großen Teil kommunalverbürgt. Hierfür wird ein marktüblicher Avalzins an den Avalgeber in Höhe von 42 T€ (VJ: 53 T€) gezahlt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen im Wesentlichen Forderungen der Stadt Norden aus Überzahlungen aus endabgerechneten Verbräuchen. Daraus aus Lieferungen und Leistungen 26 T€ (VJ: 90 T€) und aus Konzessionsabgaben in Höhe von 121 T€ (VJ: 0 T€).

Die Restlaufzeiten der übrigen Verbindlichkeiten betragen wie im Vorjahr unter einem Jahr.

V. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Versorgung betreffen für die Gas- und Stromversorgung im Wesentlichen das Kerngebiet der Stadt Norden und den Stadtteil Norddeich, für die Wasserversorgung das Kerngebiet der Stadt Norden und der Samtgemeinde Hage sowie für die Wärmeversorgung Wärmenetze in Norden und Norddeich. Hinzu kommen Stromlieferungen in diversen fremden Elektrizitätsverteilungsnetzen, im Wesentlichen im EWE Netzgebiet.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Bäder werden im Wesentlichen durch das Freizeit- und Erlebnisbad Ocean Wave erzielt.

<u>Umsatzerlöse</u>	<u>2021</u>	<u>2020</u>
Stromversorgung	13.230 T€	14.121 T€
Gasversorgung	9.535 T€	8.820 T€
Wärmeversorgung	2.303 T€	2.221 T€
Wasserversorgung	2.797 T€	2.502 T€
Tourismus und Bäder	1.143 T€	1.146 T€
Kurbeitragskasse	3.001 T€	3.077 T€
Nebenbetriebe	450 T€	497 T€
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	25 T€	46 T€
<u>sonstige Umsatzerlöse</u>	<u>924 T€</u>	<u>929 T€</u>
	33.408 T€	33.358 T€

Sonstige betriebliche Erträge

Enthalten sind u. a. Erträge aus Covid-19-Billigkeitsleistungen (945 T€; VJ 755 T€), Ertragszuschuss aus der Tourismusabgabe (734 T€; VJ: 643), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (528 T€; VJ 2 T€) sowie Erträge aus Anlageverkäufen (312 T€, VJ 14 T€). Die Anlagenverkäufe erfolgen grundsätzlich auf Basis marktadäquater Schätzpreise.

Personalaufwand

Die Aufwendungen für Altersversorgung beliefen sich im Berichtsjahr auf 389 T€ (VJ 370 T€). Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH ist Mitglied der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), Karlsruhe. Zweck der Anstalt ist es, den Arbeitnehmern im Wege einer privatrechtlichen Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Seit dem 01.07.2018 beträgt der Umlagesatz der VBL, bei dem alle Mitarbeiter versichert sind, einschließlich 1,81 % Arbeitnehmeranteil 8,26 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Die Summe der umlagepflichtigen Vergütungen für das Berichtsjahr betrug 5.880 T€ (VJ 5.600 T€). Da die Finanzierung der Versorgungsleistungen der VBL im sog. Umlageverfahren (Abschnittdeckungsverfahren) erfolgt, bestehen Unterdeckungen für künftige Versorgungslasten. Die Höhe der Unterdeckung kann unternehmensindividuell nicht ermittelt werden. Diese Versorgungslasten sind als mittelbare Pensionsverpflichtungen anzusehen. Deshalb ist ein Ansatz in der Bilanz unterblieben (Art. 28 Abs. 1 EGHGB).

<u>Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten</u>	<u>2021</u>	<u>2020</u>
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	139	137
davon im Bereich Versorgung	87	84
davon im Bereich Tourismus/Bäder	52	53

Auszubildende sind im Jahresdurchschnitt nicht berücksichtigt.

Von der Möglichkeit der Altersteilzeit (ATZ) machten im Berichtsjahr vier Mitarbeiter Gebrauch. Alle Mitarbeiter haben sich für das sogenannte Blockmodell entschieden. Zum 31.12.2021 befand sich ein Mitarbeiter in der Arbeits- und drei Mitarbeiter in der Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Wesentlicher sonstiger betrieblicher Aufwand

	<u>2021</u>	<u>2020</u>
Konzessionsabgabe	1.015 T€	979 T€
Zuführung Rückstellungen Billigkeitsleistungen	777 T€	100 T€
EDV-Kosten	713 T€	695 T€
Gebühren und Beiträge	448 T€	317 T€
Übrige Dienstleistungen	416 T€	342 T€
Mieten, Pachten und Leasing	411 T€	426 T€
Werbekosten	323 T€	401 T€
Prüfungs- und Beratungskosten	209 T€	120 T€
Versicherungen	182 T€	168 T€
Sonstiges	796 T€	607 T€

Periodenfremde Aufwendungen

Die sonstigen Aufwendungen enthalten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 124 T€ (VJ 69 T€); Verluste aus Anlageabgängen (106 T€; VJ 18 T€) und Abschreibungen auf Forderungen (18 T€; VJ 52 T€).

Zinsen und ähnliche Aufwendungen:

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Zinsaufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 3 T€ (VJ 4 T€) sowie Avalprovisionen an verbundene Unternehmen in Höhe von 42 T€ (VJ 53 T€) enthalten.

VI. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen Abnahmeverpflichtungen gegenüber dem Strom- und Gaslieferanten auf Basis abgeschlossener Strom- und Gaslieferverträge im branchenüblichen Umfang.

Die Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverhältnissen betreffen im Wesentlichen den Fuhrpark sowie betrieblich genutzte Grundstücke und betragen für die Jahre 2022 – 2025 1.780 T€. Ein nennenswertes Bestellobligo liegt nicht vor.

VII. Angaben gemäß Energiewirtschaftsgesetz (§ 6b Abs. 3 EnWG)

Der buchhalterischen Entflechtung der Tätigkeitsbereiche in der internen Rechnungslegung ist nach § 6b Abs. 3 EnWG unter Einbeziehung getrennter Konten Rechnung getragen worden.

Aus der internen Betriebsabrechnung heraus wurden die einzelnen Positionen den Haupt- und Nebenkostenstellen zugewiesen. Konnten einzelne Kosten oder Erträge nicht direkt diesen Kostenstellen zugewiesen werden, so wurden diese zunächst separaten Hilfskostenstellen zugeordnet. Unter Verwendung verursachungsgerechter Schlüssel erfolgte dann die vollständige Verteilung auf die segmentierten Kostenstellen.

Die Umlage der Hilfskostenstellen erfolgt in zwei Schritten. Zunächst erfolgt die Verteilung der Gemeinkosten auf die Geschäftsfelder anhand des Restbuchwertes des Anlagevermögens auf Basis der Anschaffungs- und Herstellungskosten, eines Personalschlüssels sowie des Umsatzschlüssels. Dann werden die Kosten in die entsprechenden Segmente für Strom und Gas verteilt anhand des Umsatzes, der Anlagenzuordnung und durch Personalkennzahlen.

VIII. Sonstige Angaben

Folgende wesentliche Beteiligungen gem. § 285 Nr. 11 HGB bestanden zum Jahresende:

Name und Sitz	Anteil %	Gezeichnetes Kapital €	Eigenkapital €	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres €
Windenergie Leegland Verwaltungs GmbH, Norden*	34	30.000,00	13.068,18	- 4.094,98

Erläuterung (*): bezieht sich auf Jahresabschluss 2020, da 2021 noch nicht testiert vorliegt.

Geschäftsführer:

Herr Dipl.-Kfm. Armin Korok, Geschäftsführer Tourismus und Bäder
Herr Dipl.-Wirtschaftsjurist Thorsten Schlamann, LL.M., Kaufmännischer Geschäftsführer
Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Völz, Technischer Geschäftsführer

Die Bezüge der Geschäftsführung betragen insgesamt 453 T€.

Mitglieder des Aufsichtsrates:

Sachkundiger Bürger	Olaf Wiltfang	ab 18.11.	Aufsichtsratsvorsitzender Leiter Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Aurich
Ratsherr	Wolfgang Sikken		Aufsichtsratsvorsitzender, bis 18.11. Vertreter des Aufsichtsrats- Vorsitzenden, ab 18.11. Direktor des Amtsgerichts a. D.

Beigeordnete	Karin Albers		Vertreterin des Aufsichtsratsvorsitzenden, bis 18.11. Finanzwirtin i. R.
Arbeitnehmervertreter	Manuel Diekmann	bis 18.11.	Leiter Vertrieb, Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH
Bürgermeister	Florian Eiben	ab 18.11.	Stadt Norden
Beigeordneter	Rainer Feldmann	bis 18.11.	Geschäftsführer, Dipl.-Ing. Landschafts- und Kulturbauverband Aurich, Südbrookmerland
Beigeordnete	Dorothea van Gerpen		Kommunalbeamtin i. R.
Beigeordneter	Volker Glumm		Inhaber einer Nachhilfeschule in Norden
Ratsherr	Tido Hagen	ab 18.11.	Projektingenieur AL-PRO GmbH & Co. KG in Großheide
Ratsherr	Jürgen Heckrodt		Hotelier in Norden
Ratsherr	Wolfgang Hinrichs	bis 18.11.	Industriefacharbeiter bei VW AG in Emden
Ratsherr	Eckhard Lüers	ab 18.11.	Stellv. Schulleiter KGS Hage-Norden
Mitarbeitervertreter	Jelto Müller	ab 18.11.	Controlling/Regulierungsmanagement Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH
Ratsherr	Hermann Reinders	bis 18.11.	Hotelier in Norden
Bürgermeister	Heiko Schmelze	bis 18.11.	Stadt Norden
Beigeordneter	Lars Tjaden	ab 18.11.	Geschäftsführer Nordsee-Camp Norddeich GmbH
Ratsherr	Johannes Wallow		Selbstständiger Auktionator in Norden
Ratsherr	Theo Wimberg	bis 18.11.	Gesamtschuldirektor a. D.

Gesamtvergütung an den Aufsichtsrat

Die Vergütungen an den Aufsichtsrat beliefen sich auf 6 T€ (VJ 6 T€).

<u>Honorare des Abschlussprüfers</u>	<u>2021</u>
Abschlussprüfungsleistungen	52 T€
Steuerberatungsleistungen	0 T€
Bestätigungsleistungen	10 T€
Sonstige Leistungen	0 T€

Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss beträgt 2.321.844,36 €. Die Geschäftsführung schlägt vor, diesen Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

IX. Nachtragsbericht

Am 24. Februar 2022 begann Russland einen großangelegten Überfall auf die Ukraine, in Folge dessen die ohnehin seit einem Jahr stetig steigenden Großhandelspreise an den Energiemärkten weiter in die Höhe schossen und sowohl im Strom als auch Gasmarkt Allzeithochs erreicht worden sind. Gegenseitige Sanktionsmaßnahmen der EU und Russlands führen aktuell zu weiteren Unsicherheiten an den Energiemärkten. Zu weiteren Ausführungen wird hier auf den Lagebericht verwiesen.

Des Weiteren haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

Norden, 31.05.2022

Dipl.-Kfm.
Armin Korok
Geschäftsführer

Dipl.-Wirtschaftsjurist
Thorsten Schlamann, LL.M.
Geschäftsführer

Dipl.-Ing.
Wolfgang Völz
Geschäftsführer

III. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

19. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 18. Oktober 2022 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prü-

fung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Elektrizitätsverteilung“, „Gasverteilung“ und „Messstellenbetrieb“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG sowie § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung des Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und des § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG entspricht.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.“

G. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 und des Lageberichtes für dieses Geschäftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F. (10.2021)).

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. unter "Wiedergabe des Bestätigungsvermerks" enthalten.

Hannover, den 18. Oktober 2022

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Moritz Meyer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Lasse Neubert
Wirtschaftsprüfer

